Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.,
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 470. Abendblatt. Dienstag den 8. Oktober. 1867.

Deutschland.

× **Berlin,** 7. Oktober. Die „Rhein. Z." meldet, daß die Nichtbestätigung des hiesigen Stadtraths Zelle zum Oberbürgermeister von Stettin dem Einfluß des Oberbürgermeisters Seydel zuzuschreiben sei, welcher sich speziell auf die negirende Abstimmung des ꝛc. Zelle bei der Frage des dem Grafen Bismarck zu ertheilenden Bürgerrechts bezogen habe. Wir glauben, diese Nachricht ohne Weiteres in das Gebiet tendenziöser Erfindungen verweisen zu können, welche zur Zeit des Konflikts Glück machten, gegenwärtig aber aus der Mode gekommen sind und auf keine Empfänglichkeit der Gemüther mehr rechnen können. Es ist zu bekannt, wie diskret die Staatsregierung in der Ausübung ihres Bestätigungs- resp. Nichtbestätigungsrechts gegenwärtig verfährt und es liegen Beispiele genug vor, daß die oppositionelle Parteistellung eines Kandidaten nicht zum Hinderungsgrunde der Bestätigung wurde, als daß eine solche Insinuation im vorliegenden Falle verfangen könnte. Andrerseits hätte es des Oberbürgermeisters Seydel nicht bedurft, um auf das prononcirte Parteitreiben des Herrn Zelle aufmerksam zu machen. Derselbe ist in dieser Beziehung seit Jahren so sehr in Evidenz getreten, daß ja seine Wahl in Stettin überwiegend in Rücksicht auf diese Parteistellung Zelle's erfolgt ist, statt in Rücksicht auf seine geschäftliche Befähigung, welche allein maßgebend sein sollte. Die Frage der Bestätigung hat voraussichtlich auch die Motive der Wahl berücksichtigt; wenn man aber das dem Grafen Bismarck abgünstige Votum des Herrn Zelle dabei in Betracht gezogen denkt — so liegt darin eine Mißkennung von Personen und Verhältnissen, welche nicht sowohl auf diese, als auf den Charakter des Märchen-Erfinders einen mißlichen Schatten wirft.

Berlin, 7. Oktober. Se. Majestät der König, sowie die Mitglieder der Königlichen Familie, welche sich zu den Festlichkeiten nach Weimar begeben haben, werden den hier eingegangenen Nachrichten zufolge wahrscheinlich am 10. von dort hier eintreffen.

— Der Neubau des Abgeordnetenhauses, welcher während der Sommermonate nur langsam gefördert wurde, wird jetzt durch Tag- und Nachtarbeit betrieben, so daß man der Beendigung mit den letzten Tagen dieses Monats entgegen sieht. Wahrscheinlich wird auch der Reichstag und das Zollparlament im Abgeordnetenhause tagen.

— Wie die „Kreuzzeitung" hört, hat die Regierung den Beschluß gefaßt: in Erwägung, daß durch die Verfassung des norddeutschen Bundes (Art. 32) die Diäten für den Reichstag definitiv beseitigt sind, die Stellvertretungskosten für die in den Reichstag gewählten Beamten, soweit sie aus der Staatskasse besoldet werden, auf Staatsfonds zu übernehmen.

— Die Kommission für die Berathung des Gesetzes über die Nationalität der Kauffartheischiffe berieth gestern Abend dies Gesetz zu Ende. Das Prinzip des §. 1, daß zur Führung der Bundesflagge die Kauffartheischiffe nur dann berechtigt sein sollen, wenn sie in ausschließlichem Eigenthum von Nationalen seien, wurde nach längerer Debatte angenommen, dagegen auf Vorschlag des Referenten Abg. Lesse angenommen, daß nur die Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes der Aktiengesellschaften, nicht aber sämmtliche Mitglieder Nationale zu sein brauchen. Die übrigen Abänderungen, welche die Kommission mit dem Gesetzentwurf vornahm, sind weniger erheblich; nur ist noch zu erwähnen, daß die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes für Mecklenburg-Schwerin erst am 1. April 1869 (ein Jahr später als in den übrigen Staaten) in Geltung treten sollen, da die Mecklenburger ohnehin durch das neue Gesetz hart betroffen werden. Die Kommission beschloß schriftliche Berichterstattung und ernannte den Abgeordneten Lesse zum Referenten für das Plenum. Der Bericht sollte gestern Abend noch festgestellt werden.

— Den Subalternoffizieren der Armee soll nach ihrem freien Ermessen zukünftig eine Zulassung zu der höheren Militär-Intendanturcarrière gestattet sein. Auf desfallsige Anträge bei den General-Kommandos werden solche Offiziere Seitens ihrer Truppentheile einer der Korps-Intendanturen, zuvörderst auf die Dauer von einem Jahre, zur Dienstleistung überwiesen, wobei ihnen jedoch der Rücktritt in die Armee vorbehalten bleibt. Zu obiger Carrière wurden in den letzten Jahren ausschließlich nur Gerichtsassessoren und Referendarien zugelassen.

Berlin, 7. Oktbr. (Nordd. Reichstag.) 15. Sitzung. (Schluß.) Bundeskommissarius Generalmajor v. Podbielski: Der Etat der Militärverwaltung, wie er sich in den Händen der Mitglieder des hohen Hauses befindet, hat zu einer Zeit aufgestellt werden müssen, wo die Organisation des Bundesheeres noch nicht so weit vorgeschritten und vollendet war, um überall die präzisen Grundlagen zu gewinnen, die zur Begründung der einzelnen Titel in der Genauigkeit, welche wir sonst gewohnt, nothwendig sind. Es hat daher hin und wieder blos approximativ nach den Verhältnißzahlen Ansatz gemacht werden müssen. Es wird dies aber kein Nachtheil sein, denn die Verwaltung sorgt ja dafür, daß nur ausgegeben wird, was nothwendig ist. Ich habe mir dies anzuführen erlaubt, damit eine Erklärung später nicht nothwendig ist, wenn in dem Etat künftiger Jahre die Gruppirung der einzelnen Titel rücksichtlich der Zahlen, vielleicht eine etwas abweichende ist. — In dem Etat selbst haben alle diejenigen Verbesserungen Berücksichtigung gefunden, die bei Begründung der Pauschsumme von 225 Rthlr. damals in Aussicht genommen waren. Ich führe als die hauptsächlichsten zunächst nur an: Für die bessere Verpflegung der Unteroffiziere und Soldaten ist eine Summe von 900,000 Rthlr. gegen den früheren Anschlag aufgenommen; dies zusammen mit der früheren Solderhöhung macht für die Unteroffiziere und Soldaten des norddeutschen Bundesheeres im Laufe des Jahres die Summe von 2,700,000 Rthlr., also 9 Rthlr. pro Kopf. Es ist demnächst zu einer reichlichen Entschädigung für die Quartiere die Summe von 1,500,000 Rthlr. gegen den früheren Anschlag zum Ansatze gekommen. Die Militärverwaltung würde gewünscht haben und habe ihrerseits Alles gethan, um bereits in dieser Session dem hohen Hause ein Servisgesetz vorlegen zu können, sie wird auch bestrebt sein, dies noch zu ermöglichen; sollte es aber wegen der Kürze der Session nicht durchführbar sein, nun dann sollen dem Bunde wenigstens nicht die materiellen Vortheile entzogen werden, und wird es möglich sein, mit Hülfe dieses Ansatzes die Quartierentschädigung um 33 bis 40 pCt. je nach den besonderen Verhältnissen zu erhöhen. Eine weitere bedeutendere Summe wird durch Erhöhung der Arztgehälter mit etwas über 111,000 Rthlr. in Anspruch genommen, ein Bedürfniß, was bereits früher vielfach anerkannt worden ist. Letztlich ist einer der bedeutenderen Posten noch die Erhöhung der Gehälter der Lieutenants um fünf Thaler monatlich, die nicht länger hinausgeschoben werden konnte. Auf diese Weise hofft die Verwaltung, daß dem dringenden Bedürfniß für eine Reihe von Jahren durch diese Ansätze Genüge geschehen wird und alle billigen Ansprüche ihre Befriedigung gefunden haben werden. — Abg. Dr. Götze: Er könne sich nur negativ verhalten gegen den herbeigeführten abnormen Zustand, man könne der Nation eine solche Steuerlast nicht zumuthen. Der Bund müsse den Grundsatz verlassen: Macht geht vor Recht. — Präsident: Sie übersehen, wie wenig es Ihnen zusteht, den Staatskörper in dieser Weise zu charakterisiren. — Redner: Wenn man die Steuern eines Volkes in Anspruch nehmen will, so muß man Bedingungen schaffen, welche die Steuern des Volkes möglich machen, man muß die Zukunft des Bundes in etwas demokratischer Weise umgestalten. Man habe so viel von einem Kriege mit Frankreich gesprochen; es gebe aber überall, wo Berufssoldaten sind, eine Partei, welche den Krieg wolle. Durch die ungeheure Machtstellung im Frieden schaffe man eine Schraube ohne Ende. Frankreich sei zu seinen Rüstungen nur durch die des norddeutschen Bundes getrieben worden. Pflicht der Volksvertretung sei es, Zustände herbeizuführen, welche das Gedeihen des Volkes möglich machen. Sein Antrag stamme aus dem gesunden Menschenverstande und bitte er denselben anzunehmen.

Abg. v. Vincke (Olbendorff): Der neue Bund habe zuerst die Pflicht, für seine Sicherheit zu sorgen, deshalb sei der Beschluß, wonach der Etat für das Militär auf 5 Jahre bewilligt sei, sehr wichtig. Das Volk, welches eine starke Armee zu erhalten habe, müsse wissen, wofür es sein Geld gebe. Der Grundsatz, den der Herr Vorredner als Axiom des Herrn Bundeskanzlers citirte, sei ihm nicht erinnerlich; es könnten übrigens nicht alle Rechtsfragen durch friedliche Vereinbarung ausgetragen werden. In Europa seien die Ausgaben für die Armee unerläßlich, eben so in demokratischen Staaten; diese Ausgaben hätten großen moralischen Werth, denn sie erhielten die Nation kräftig. Redner geht nun die zu dem Etat gegebenen Erläuterungen durch, bleibt aber wegen großer Unruhe des Hauses unverständlich. Nach seiner Meinung würde sich bei strenger Durchführung des Prinzips des preußischen Militäretats ein viel größerer Etat für die Armee des Bundes ergeben haben. — Abg. Dr. Waldeck: Der alte Spruch: „Wo sie nicht mitrathen, da sollen sie auch nicht mitthaten", habe sich bei uns umgekehrt. Bei einem großen Heere im Frieden gebe es nur noch Berufssoldaten. Die Sache stehe aber nicht so schlimm, wie die Feinde Deutschlands vielleicht glauben, denn Dank der Schöpfung von 1813 besäßen wir nicht wie andere Länder nur Maschinen im Heere. In der allgemeinen Militärpflicht hätten wir den Keim zu einer kräftigen Entwickelung, welche uns zu einem Volk in Waffen machen würde; zunächst aber müßten wir ein freies Volk sein; bis wir dies seien, würden wir in steter Kriegsgefahr schweben. Er stehe davon ab, näher auf den Etat einzugehen, nur auf einige Mängel, wie die besondere Militärgerichtsbarkeit, Bevorzugung des Adels in der Armee u. s. w. wolle er hinweisen. Schließlich wiederhole er, daß nur durch ein mäßiges Friedensheer und ein starkes Volksheer für die Erhaltung des Friedens gesorgt werden könne. — Abg. Oehmichen. Er anerkenne die Beschlüsse der Majorität, folglich auch den Militäretat. Der Redner geht dann auf seinen Antrag, ausgedehnte Beurlaubungen zur Vermehrung der Arbeitskräfte eintreten zu lassen, näher ein. Bei der Intelligenz der norddeutschen Bevölkerung ständen der Annahme seines Antrages keine Schwierigkeiten entgegen, auch würde dadurch das Vertrauen zur Bundesregierung und zum Reichstage gekräftigt werden. — Abg. Blum (Sachsen) wendet sich in scharfen Worten gegen die politische Parteistellung und den Partikularismus der Abgeordneten Götze und Oehmichen.

Abg. Stavenhagen (Halle): Dem Abg. Dr. Waldeck erwidere ich, daß die von ihm gezogene Parallele zwischen den Jahren 1813 und 1866 nicht stichhaltig ist. Vergleichen Sie die ungeheuren Opfer des Jahres 1813 und das damals Erreichte mit den Opfern und Erfolgen des Vorjahres, so leuchtet das ein. Auch 1866 war es das preußische Volk in Waffen, das gekämpft. Wenn das Gute des Gesetzes von 1814 auch nicht zu verkennen, so darf man mit ihm doch keine Abgötterei treiben. Andere Verhältnisse erfordern andere Opfer. Was den Etat selbst betrifft, so hätte ich gewünscht, daß bei den verlangten Pauschquanten die Erläuterungen nicht gefehlt. Auch erinnere ich daran, daß in einzelnen Positionen Ersparnisse angeführt sind, die bei der Totalsumme des Etats mit in Anschlag zu bringen sein werden. Der Redner spricht über die einzelnen Titel des Etats, über Bauten von Kasernen, Magazingebäuden u. s. w.; ferner über Gehaltserhöhungen, und geht dann auf die einzelnen Regimenter des norddeutschen Bundes über und rechnet dieselben zusammen. Wir seien jetzt in einer so günstigen Lage, wie noch niemals. — Abg. Dr. Götze: Abg. Blum habe sich die Freiheit genommen, den sächsischen Abgeordneten partikularistische Motive unterzuschieben. Dagegen müsse er sich verwahren. Präsident bemerkt, daß der Abg. Blum nur von einer im Lande Sachsen bestehenden Partei gesprochen habe. — Abg. Dr. Götze: Sie seien keine sächsischen Partikularisten, sondern deutsche, sie wollten aber keine preußischen Partikularisten sein. Die wahre Wehrhaftigkeit bestehe nicht in dem stehenden Heere, sondern in dem wehrhaften Volke, das brauche nicht mit Seitengewehren herumzulaufen. (Oho!) Es sei aber noch nicht lange her, daß die turnerischen Bestrebungen beschränkt seien. Ein großer Regent könne sein Heer vermindern, wenn er es wolle. Er bitte um Theilung seines Antrages in zwei Theile. Zur Geschäftsordnung stelle er den Antrag, über den Militär-Etat en bloc abzustimmen. — Präsident erklärt, daß er die einzelnen Abschnitte des Militär-Etats nur namhaft machen werde. — Abg. Günther: Die Militär-Organisation werde zwar für nothwendig erachtet, nicht aber für vortheilhaft für das Volk. Abg. wendet sich jetzt gegen die Ansichten des Abg. Blum. — Abg. Blum: Der Streit habe einen persönlichen Charakter angenommen. Er würde das Material vervollständigen, wenn es den Herren von der Gegenpartei recht sei. Er könne z. B. auf das Verhalten ihrer Partei in der Luxemburger Angelegenheit eingehen. Jede Zeitung, die aus Sachsen eintreffe, erzähle von Konflikten zwischen Militär und Civil; es seien dies nur Reizungen von Gassenjungen.

Der Präsident bittet, im Zusammenhange zu bleiben mit der Diskussion. Abg. Dr. Schwartze: Es seien Beschuldigungen vorgebracht, auf die er antworten wolle. Nach der Ansicht seines Freundes Günther könnten diese Verdächtigungen ihrer ganzen Natur nach keine Widerlegung beanspruchen. Er befürchte aber, daß diese Aeußerungen weit hinaus über dieses Haus schallen werden und daß sich dort vielleicht einige Gemüther finden könnten, die unsere Gewissenhaftigkeit verdächtigen würden. Sie hätten durch die That bewiesen, was sie von dem norddeutschen Bunde hielten, daß es nicht eine bloße Thatsache sei, unter der sie sich beugen müßten, sondern eine unerschütterliche Basis für die Konstituirung der neuen Verhältnisse. Er wage nicht das Wort zu nennen, mit dem er den bezeichnen möchte, der behaupten wollte, daß er und seine Freunde im äußersten Winkel des Herzens andere Ideen trügen. (Bravo!) Sie würden sächsische Treue nicht bloß in guten, sondern auch in bösen Tagen wahren. Es sei hier nicht der Ort, über den österreichischen Premierminister zu sprechen, über den Mann, dem selbst seine Feinde nicht das Zeugniß eines großen Staatsmannes versagten. Was in Salzburg verabredet sei, wisse er so wenig, wie Hr. Blum, und doch schmiede er aus dem, was er nicht wisse, eine Waffe gegen die sächsischen Abgeordneten. Wenn er die Soldaten-Excesse als Gassensteiche bezeichne, so schienen sie keinen Werth zu haben. Der sächsische Bürger habe so viel Anstandsgefühl, daß er wisse, er würde durch Beleidigung eines einzigen Soldaten eine ganze Armee beleidigen. Sie sollen in uns Leute sehen, die ihren eigenen Werth durch die That darzulegen bestrebt sein werden. Sie wollten nicht die Wehrkraft des norddeutschen Bundes in Frage stellen. Er wiederhole aber sein Bedauern über diesen hier aufgeführten Streit. Es sei aber Schuldigkeit gewesen gegenüber dem Respekt vor dem Hause und der Treue gegen die norddeutsche Verfassung. (Bravo.) — Die Diskussion über den Militäretat wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Sachse, Oehmichen und Dr. Braun (Wiesbaden).

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Abg. Götze, sowie des Abg. Oehmichen abgelehnt. Von der Vorlage werden die Titel I.—XI. ohne Diskussion. Zu Titel XII.: Besoldung der Gouverneure, Kommandanten, Platz-Majore und Etappen-Inspektoren nimmt das Wort der Abg. Twesten. Derselbe spricht gegen die Vermehrung von Kommandanten, namentlich in Städten der neuen Provinzen. Es würden von den Leuten nicht bedeutende dienstliche Leistungen verlangt und erwartet. — Tit. XII. bis XVI. werden hierauf verlesen. Zu Titel XVII. nimmt das Wort der Abg. v. Forckenbeck und frägt, aus welchem Grunde dieser Titel im preußischen Abgeordnetenhause nur 24,406 Thlr., im jetzigen Etat aber 83,798 Thlr. betrage. — Bundes-Kommissar v. Podbielski: Deshalb, weil von den einzelnen Ländern die Militärausgaben übernommen und hier die erforderlichen Adjutanten mit auf den Etat gebracht seien. — Die Titel XVII. bis XIX. werden hierauf verlesen. Zu Titel XX.: „Gehälter und Löhnung der Truppen", nimmt das Wort der Abgeordnete Twesten: Er möchte eine Erklärung darüber haben, ob die ausgeworfenen Truppenkörper bereits vorhanden seien, oder ob noch weitere Formationen beabsichtigt würden. Er wünsche Auskunft darüber, ob unter den 150 Infanterie-Regimentern das Großherzoglich hessische mit einbegriffen sei und ob in der Kavallerie noch weitere Formirungen vorgenommen werden sollen. Auch über die Vermehrung der Offiziere wünsche er Auskunft, ebenso wünsche er eine Uebersicht des Etats eines einzelnen Regiments nach seinen einzelnen Theilen. — Bundes-Kommissar v. Podbielski: Die im Etat aufgeführten Truppentheile seien jetzt sämmtlich errichtet und vollzählig, bis auf die Offizierchargen, die immer als vollzählig angenommen würden. Bei den 115 Infanterie-Regimentern sei das Großherzoglich hessische bereits mit eingezählt. Rücksichtlich des Spezial-Etats sei eine Aufstellung in diesem Jahre noch nicht möglich gewesen.

Titel XX. bis XXXI. werden hierauf verlesen. Zu XXXII. ist von den Abgg. v. Forckenbeck und Gen. folgender Antrag gestellt: Der Reichstag wolle beschließen: den Bundeskanzler aufzufordern, in der nächsten Session des Reichstages einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen einheitliche Bestimmungen über das Militär-Serviswesen in Friedenszeiten für den norddeutschen Bund festgestellt werden. Hierzu das Unter-Amendement des Abg. Ziegler: hinter Serviswesen einzuschalten, „die Naturalleistungen und Entschädigungen dafür." — Das Wort erhält der Abg. v. Forckenbeck, um seinen zu diesem Titel gestellten Antrag zu befürworten. — Bundes-Kommissar v. Podbielski: Die Regierung habe gegen den Antrag nichts einzuwenden. — Abg. Ziegler befürwortet sein zu dem Antrage des Abg. v. Forckenbeck gestelltes Amendement. — Bundes-Kommissar General von Podbielski: Das erwähnte und in Aussicht genommene Servisgesetz bezieht sich nur auf Quartier-Entschädigungen auf Märschen. — Abgeord. Hosius empfiehlt den Forckenbeck'schen Antrag. Es wird zunächst über das Unter-Amendement Ziegler abgestimmt und dasselbe angenommen. Desgleichen der Antrag Forckenbeck mit diesem Amendement. Zu Tit. 33—43 bittet Niemand ums Wort. Bei Tit. 44 fragt Abg. Graf Solms-Laubach, ob die im Etat angeführten Militär-Bildungs-Anstalten allen Norddeutschen zu Gute kommen und wünscht im Bejahungsfalle Veröffentlichung der Bedingungen. — Bundes-Kommissar v. Podbielski bejaht die Frage. — Abg. Twesten beklagt die Vermehrung der Kadettenhäuser um zwei neue, während die öffentliche Meinung sich dagegen ausspreche. Er fragt, ob auf das Kadettenhaus in Dresden mit Bezug genommen sei. — Bundeskommissar v. Podbielski: Das Dresdener Kadettenhaus besteht als sächsische Anstalt, erhält aber die Gelder aus diesem Etat.

Abg. v. Vincke (Olbendorf): Die Offiziere aus den Kadettenhäusern haben sich 1866 bewährt. — Abg. Minister v. Roon spricht sich gleichfalls zu Gunsten der Kadettenhäuser aus. Zu Tit. 48 bemerkt Abg. Dr. Schläger, daß das preußische Militär-Medizinalwesen noch nicht genügend geordnet sei, besonders in Bezug auf die Besoldung. — Bundes-Kommissar v. Podbielski: Zur Verbesserung der Gehälter der Militär-Aerzte sind 111,000 Thlr. aufgewendet. Auch die übrigen Verhältnisse sind nicht so ungünstig. Zum Tit. 57 und 58, Pensionen und Unterstützungen für Offiziere, Beamte, Invaliden und Wittwen, ersucht Abg. Dr. v. Bunsen um spezielle Erläuterung über die verschiedene Höhe der angeführten Positionen. — Bundes-Kommissar v. Podbielski: Wegen der anderen Bundesstaaten ließen sich nur extraordinäre Ansätze machen. Die bedeutende Steigerung einzelner Positionen ist in dem neuen Invaliden-Gesetz begründet. — Bei Tit. 59 fragt Abg. v. Forckenbeck, ob das Militärwaisenhaus in Potsdam auch Bundes-Erziehungs-Institut sei. — Präsident des Bundeskanzleramts Delbrück: Die Bundesregierung ist nicht dieser Ansicht. Die Summe, welche im preußischen Etat zur Unterstützung dieses selbstständigen, als juristische Person anzusehenden Instituts gefordert wird, ist eine Entschädigung für die ihm gewonnenen Rechte und Ländereien.

Bei Tit. 60 weist Abg. v. Forckenbeck und ebenso Abg. v. Hennig auf das Bedenkliche des Uebertragungsfonds hin. — Präsident des Bundeskanzler-Amtes Delbrück: Diese Fonds werden rechnungsmäßig nachgewiesen und auch zu keinem anderen, als dem angegebenen Zweck verwendet. Die fortdauernden Ausgaben sind somit erledigt. Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben hebt der Abg. Grumbrecht bei Titel 5 die Nothwendigkeit hervor, daß neue Kasernenbauten vom Staate ausgeführt und nicht den Kommunen zur Last gelegt würden. Im Uebrigen wird gegen dieselben nichts erinnert. Abg. Stavenhagen (Halle) konstatirt, daß die Herren Bundeskommissare ihm bis jetzt auf keine seiner Fragen geantwortet. Die Tages-Ordnung ist hiermit erledigt. Abgeordneter Münchhausen scheidet auf sein Gesuch aus der Kommission zur Berathung des Kriegsdienstgesetzes aus. — Nächste Sitzung Dienstag früh 10 Uhr. Tages-Ordnung: Feststellung des Etatsgesetzes und Berathung der Zollvereinsverträge. Schluß der Sitzung 3 Uhr 45 Minuten.

Boppard, 3. Oktober. Ihre Majestät die Königin Elisabeth hat auf die Kunde des am 23. und 25. September hier stattgefundenen großen Brandunglücks, wodurch 30 Familien berührt wurden, dem Bürgermeister sofort die reiche Gabe von 300 Thalern zur Linderung der Noth übermitteln lassen und so einen erneuten Beweis des unserer Stadt schon öfter bewiesen Wohlwollens gegeben.

Dresden, 7. Oktober, Nachmitt. Der König von Sachsen ist soeben zur Theilnahme an der Feier der silbernen Hochzeit des Großherzogs nach Weimar abgereist. — Die Kronprinzessin geht zum Besuche der fürstlichen Familie nach Hohenzollern.

Darmstadt, 6. Oktober. Heute früh folgte die Beeidigung der hiesigen Garnison für den Bundesfeldherrn. Oberst von Riedesel erläuterte in einer, der Würde des Akts entsprechenden Ansprache dessen Bedeutung, worauf in Gegenwart der Militärgeistlichkeit und nach Verlesung der Kriegsartikel die Beeidigung durch den Auditeur stattfand. Die neu eingetretenen Rekruten waren schon vor einigen Tagen beeidigt worden.

Stuttgart, 7. Oktober. Man erwartet, daß die Auflösung

der Kammer wahrscheinlich im Anfang November ausgesprochen wird und die Neuwahlen unmittelbar folgen werden.

München, 7. Oktober, Abends. Bei der in der morgenden Kammersitzung erfolgenden Vorlage des Zollvereinsvertrages wird eine eingehende Erklärung des Fürsten Hohenlohe über seine Politik und die Stellung Baierns überhaupt erwartet.

Ausland.

Wien, 7. Oktober, Vormittags. Die heutige „Morgenpost" bezeichnet in einer ihr von unterrichteter Seite zugegangenen Darstellung die Gerüchte über eine wegen der Konkordatsfrage ausgebrochenen Ministerkrisis als unbegründet. Eine dem Kardinal Rauscher ertheilte Generalvollmacht existire nicht. Der Reichskanzler, der das volle Vertrauen der Krone genießt, sei bestrebt, die für das Konkordat nöthigen Reformen vorzunehmen. Der von den österreichischen Bischöfen erhobene Protest habe in der Konkordatsfrage eine gründliche und prinzipielle Aenderung in den Absichten der Regierung nöthig gemacht. Weitere Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle seien durch die Vorgänge im erzbischöflichen Palast unmöglich geworden. Die Regierung sei demnach entschlossen, unbehindert von auswärtigem Einflusse, den Weg der Gesetzgebung zu betreten, um die nothwendigsten Beziehungen des inneren konfessionellen Lebens zu regeln; mit der Reform der Schule soll der Anfang gemacht werden.

Wien, 7. Oktober. Der „Wiener Abendpost" wird aus Rom vom 6. telegraphirt: Bei Arese hat ein neuer Einfall Gabaldischer Freischaaren stattgefunden. Die päpstlichen Truppen haben gestern nach verzweifeltem Kampfe Bagnarea wieder genommen, wobei die Garibaldianer 70 Todte und 100 Gefangene verloren. Auch auf anderen Punkten sind die päpstlichen Truppen siegreich. Von weiteren Aufstandsversuchen im Innern des Landes ist Nichts bekannt. Die Bevölkerung bleibt überall treu.

Paris, 7. Oktober. Nachrichten aus Rom vom 6. dieses Abends 5 Uhr melden: Garibaldische Banden, welche seit zwei Tagen die kleine Stadt Bagnarea in der Provinz Viterbo besetzt hielten, sind von den päpstlichen Zuaven aus diesem Orte geworfen und nach zweistündigem Kampfe vollständig versprengt worden. Die Garibaldianer, 500 Mann stark, verloren 70 Todte und Verwundete und 110 Gefangene. Die Zuaven hatten nur einige Verwundete. Die päpstlichen Truppen haben Bagnarea besetzt.

— Der „Globe" bringt folgenden Brief Kaiser Napoleons, den er „aus einer authentischen Quelle von Berlin" erhalten haben will und der die Veranlassnng zu dem Rücktritte des Hrn. Drouin de Lhuys aus dem auswärtigen Amte gewesen sein soll. Es lautet folgendermaßen:

„12. August 1866.

Mein lieber Herr de Lavalette! Ich mache sie ernstlich auf folgende Thatsachen aufmerksam: Mitten in der zwischen Herrn v. Bismarck und Herrn Benedetti (damals Gesandter in Berlin) stattfindenden Konversation hat Herr Drouin de Lhuys den Einfall gehabt, einen Entwurf über die uns etwa zustehenden Enschädigungen nach Berlin zu schicken. Diese Konvention hätte, meiner Ansicht nach, geheim bleiben sollen, trotzdem wurde davon im Ausland gesprochen, bis zuletzt die Zeitungen behaupteten, daß man uns die Rheinprovinzen abgeschlagen habe. Aus meinem Gespräche mit Benedetti geht hervor, daß wir, um sehr geringen Vortheils wegen, ganz Deutschland gegen uns haben würden. Es ist von Wichtigkeit die öffentliche Meinung über diesen Punkt nicht irre gehen zu lassen. Veranlassen Sie eine sehr entschiedene Widerrufung dieser Gerüchte in den Journalen. Ich habe in diesem Sinne an Herrn Drouin de Lhuys geschrieben. Er schickt mir die „Correspondance Havas", die ich hier beischließe. Das richtige Interesse Frankreichs liegt nicht in der Erlangung einer unbedeutenden Gebietsvergrößerung, sondern in der Unterstützung Deutschlands, sich in einer, unsern und Europas Interessen, allergünstigsten Weise zu konstituiren.

Genehmigen Sie u. s. w. Napoleon."

Florenz, 3. Oktober. Von der römischen Grenze treffen jetzt alle Tage aufregende Berichte ein. Man erwartet stündlich eine Schilderhebung in Rom. Es sollen dazu bereits alle Anstalten getroffen sein, und man behauptet, daß in den umliegenden Provinzen der Aufstand schon so gut wie ausgebrochen wäre. Die amtliche Zeitung Roms reduzirt ihn freilich auf sehr geringe Dimensionen, und schiebt ihn überdies den eingefallenen Garibaldianern in die Schuhe. Nun ist man hier zwar noch nicht in der Lage, Positives über die Bewegung im Kirchenstaate zu erfahren; es steht aber außer Zweifel, daß es eine bedrohliche Bewegung giebt, daß diese nicht von den Garibaldianern, wohl aber von eingebornen Unterthanen des Papstes ausgeht, und daß ihr Rückschlag auf die Bevölkerung Italiens ein gewaltiger ist. Die italienische Regierung befindet sich dadurch natürlicherweise in großer Verlegenheit. Sie hat pflichtschuldig bis jetzt die September-Konvention respektirt, sie hat ihretwegen den populärsten Mann in ganz Italien zum Gefangenen gemacht, — kann aber nicht einen Bürgerkrieg heraufbeschwören, um ihren Todfeinden in Rom und deren Freunden in Paris gefällig zu sein. Diese unmögliche Stellung muß aufgegeben, die September-Konvention als überwundener Standpunkt betrachtet, die römische Frage als eine innere Angelegenheit Italiens behandelt werden. Dazu wird Italien von eiserner Nothwendigkeit gedrängt. Die Regierung darf die Augen vor den Gefahren nicht verschließen, die ein so abnormer Stand der Dinge mit sich bringt. Sie muß den Knoten lösen, und geht's mit dem Lösen nicht, muß sie ihn zerhauen. Und in der That soll, wie ich vernehme, die Regierung darauf losarbeiten. Frankreich möge wohl bedenken, ob es Italien zum Aeußersten treiben will, denn ich kann Sie versichern, daß hier zu Lande ein Bruch mit Frankreich von sehr Vielen durchaus nicht ungern gesehen würde.

Kopenhagen, 7. Oktober, Nachmittags. Heute wurde der Reichstag eröffnet. Eine Thronrede wurde nicht verlesen. Das Landsthing wählte zu seinem Präsidenten M. P. Brunn; zu Vicepräsidenten Haffner und Madvig; das Volkething wählte Bregendahl zum Präsidenten, Fenger und Carlsen zu Vicepräsidenten.

Petersburg, 7. Oktober. Nach Berichten aus Livadia hat der Kaiser gestern seine Rückreise angetreten. Derselbe geht auf der Dampfyacht „Tiger" zunächst nach Nikolajew und wird gegen Mitte dieses Monats in Petersburg erwartet.

Athen, 6. Oktober. Hier eingetroffene Nachrichten aus Kandia melden, daß die Nationalversammlung der in Kanea residirenden Konsuln der fremden Mächte die Anzeige gemacht habe, sie verwerfe die in der Proklamation des Sultans enthaltenen Konzessionen.

Kairo, 7. Oktober. Die egyptischen Truppen sind aus Kandia nach Alexandrien zurückgekehrt.

Newyork, 25. Sept. In Texas wüthen das gelbe Fieber und die Cholera.

Mexiko. Oberst Lopez, der den letzten Verrath begangen haben soll (mehr war es vorher General Marquez, der von je im Solde des Ultramontanismus stand), hat eine Rechtfertigungsschrift herausgegeben, die ihn jedoch nicht vollständig rechtfertigt. Schuldig oder nichtschuldig, ist der Mann in fataler Lage. Auf den Straßen verfolgt ihn die Jugend mit Koth und Steinen, aus den Café's wird er herausgepfiffen und gehustet, man versagt ihm Herberge auf der Reise und überall tönt ihm der Ruf „Judas" nach. Ein Brief des Generals Porfirio Diaz, vom 3. Mai aus Guadelupe geschrieben, den der „Globe" und andere Blätter veröffentlichen, giebt mehrfache interessante Aufschlüsse über Personen, welchen der Kaiser sein Vertrauen geschenkt hatte. So bot ihm General Portilla, Kriegs-Minister des Kaisers, Ueberlieferung der Stadt Mexiko an, wenn ihm persönliche Garantien bewilligt würden. General O'Haran machte dasselbe Anerbieten und wollte nebenbei noch General Marquez gefangen übergeben, wenn ihm das Leben und ein Paß ins Ausland garantirt würde. Porfiria Diaz wies diese Anträge mit Verachtung zurück. „Diese Schufte", bemerkte er, „verrathen Einer den Andern, selbst wenn sie einander in die Augen sehen." Ferner heißt es in dem Briefe: „Bazaine ließ mir vor seinem Abzuge durch einen Unterhändler antragen, er würde mir alle von den französischen Truppen besetzten Städte übergeben, nebst Maximilian, Marquez, Miramon u. s. w., wenn ich auf gewisse Propositionen eingehen wollte. Ich lehnte es ab, als unverträglich mit meiner Ehre. Durch dieselbe Mittelsperson ließ mir Bazaine 6000 Gewehre und 2 Millionen Zündhütchen anbieten, was ich eben so abwies." Es zeugt dieses für die Ehrenhaftigkeit des tapferen jungen Mannes, der mit Recht hier allgemeine Achtung genießt.

Pommern.

Stettin 8. Oktober. Daß im Herbst Obstbäume zum zweiten Male blühen, ist in unseren Gegenden eben keine besonders auffällige Erscheinung, daß sich dasselbe Phänomen aber auch an einem voller Trauben hängenden Weinstocke zeigt, wie es augenblicklich in dem Garten hinter der Thorkontrolle am Königthor der Fall ist, ist für unseren Breitegrad jedenfalls eine Seltenheit.

— Aus dem Devantierschen Lokal wurde am 6. d. M. einem dort anwesenden Gaste ein Ratiné-Ueberzieher und von dem zufällig unverschlossenen Boden des Hauses Papenstraße Nr. 9 sind an demselben Tage verschiedene Kleidungsstücke gestohlen, die Diebe aber bisher nicht ermittelt.

— Wie wir hören, sind die Personen, welche sich vor einiger Zeit der gemeldeten gröblichen Mißhandlung des Gastwirthes Knopp in Grabow schuldig machten, ermittelt und verhaftet.

— Vor einigen Tagen wurde hier eine freche Landstreicherin und Diebin, die 18jährige Mathilde Schneider, angeblich aus Rosenfelde bei Bahn gebürtig, wegen mehrfach verübter Diebstähle, die sie später auch einräumte und deren zahlreiche Objekte meist auch wieder herbeigeschafft wurden, festgenommen. In zwei Fällen, in Pyritz und hier, hatte sie sich unter dem Vorgeben, sie suche einen Dienst, bei Miethsfrauen einlogirt und war, nachdem sie sich orientirt und in Besitz verschiedener Sachen gesetzt, heimlich davongegangen. Bei einer Predigerwittwe in Pyritz, wo sie nur zwei Tage und eine Nacht konditionirte, hatte sie bei ihrer heimlichen Entfernung aus dem Dienst ihrem Mitmädchen die gesammte Habe, Kleidungsstücke, Stoffe, Wäsche, Schmucksachen 2c. mitgenommen. In ihrer Schlafstelle bei einer Wittwe auf Kupfermühl fand sie ein gleichgesinntes Frauenzimmer, mit dem sie sich auf die Reise begab, die Gegend zwischen Stargard und Köslin heimsuchte und erst nach Monatsfrist wieder hierher zurückkehrte. Inzwischen war von der Staatsanwaltschaft in Stargard eine Requisition hier eingelaufen, durch welche auf die Landstreicherin aufmerksam gemacht wurde und die denn auch schließlich zu ihrer Habhaftwerdung verhalf.

— Unser früherer Theater-Direktor Herr Wilhelm Sasse hat die Direktion des Stadttheaters in Düsseldorf übernommen und die Wintersaison am 1. Oktober mit einer sehr gerundeten Vorstellung der „Norma" eröffnet.

— Die Erdarbeiten zur Herstellung der Bahn von Köslin nach Danzig auf der Strecke von Köslin nach Stolp beginnen, wie die „N. St. Z." hört, noch in diesem Quartal. Die Länge der Bahn zwischen den beiden Städten Köslin und Stolp beträgt acht Meilen 1860 Ruthen. Das Planum wird nur eingeleisig geschüttet, obwohl das Terrain für zwei Geleise erworben ist. Die Brücken sollen jedoch zweigeleisig gebaut werden. Von Köslin führt die Bahn durch die Ausläufer des Gollenberges und die Spremsberge mit dem höchsten Abtrage von 63 Fuß in das Nestbachthal und überschreitet den Nestbach, dessen Brücke zwei Oeffnungen zu je 20 Fuß erhält. Dann geht die Bahn über den Polnizbach, über den eine gleiche Brücke geschlagen wird und erreicht den Bahnhof Zanow ungefähr $\frac{1}{2}$ Meile von der Stadt, so daß ein chaussirter Weg nothwendig wird, um den schnellsten Anschluß von und nach Zanow zu erreichen. Von Zanow führt die Bahnlinie über die Grabow nach Carwiz, wo ein zweiter Bahnhof neben der Chaussee angelegt wird. Zwischen Zanow nd Carwiz trennt sich an einem Punkte die Eisenbahnlinie in der weitesten Entfernung 1 Meile von der Chaussee. Die Stadt Rügenwalde mit den Rügenwalder Amtsdörfern erhält in Carwiz den nächsten Anschluß an die Bahn, eine Zweigbahn von Carwiz nach Rügenwalde wie die von Züssow nach Walgast wird wahrscheinlich später erbaut. Zwischen Carwiz und Schlawe überschreitet die Bahn den in die Wipper fließenden Holzgraben und bei Schlawe die Wipper, der Bahnhof ist neben der Köslin-Danziger Chaussee bei Schlawe projektirt und erhalten sämmtliche Brücken die oben angegebene Breite mit 2 Oeffnungen. Von Schlawe geht die Bahn durch dem Freezer Mühlenbach in koupirtem Terrain nach Zitzwitz, wo ein Bahnhof angelegt wird. Zwischen Zitzwitz und Stolp ist das Terrain am günstigsten und läuft die Bahn in geringer Entfernung von der Chaussee. Stolp erhält den Bahnhof diesseits der Stolpe und wird letztere noch nicht überschritten. Eine Zweigbahn von Stolp nach Stolpmünde wird hoffentlich später gebaut. Die Meile von Köslin nach Schlawe ist Alles in Allem auf 550,000 Thaler veranschlagt. Die ganze Strecke wird in einzelnen Loosen an Bauunternehmer in Entreprise vergeben, welche die Arbeiten unter Aufsicht der Verwaltung der Berlin-Stettiner Eisenbahn auszuführen haben. Die Abtretung des Grund und Bodens Seitens des Danziger Landkreises und der Stadt Danzig ist bisher noch nicht sichergestellt. Spätestens in drei Jahren wird die ganze Bahn von Köslin bis Danzig dem Betriebe übergeben werden können, bis Stolp wahrscheinlich schon am Schlusse des nächsten Jahres.

Stepenitz, 5. Oktober. (Od.-Z.) Vergangene Nacht wurde auf der hiesigen Königlichen Kreisgerichts-Kommission ein gewaltsamer Einbruch der schwersten Art ausgeführt, bei welchem die Diebe jedoch leer ausgingen. Dieselben hatten es auf die Kasse abgesehen. Zuerst hatten sie versucht, durch die Hausthür einzudringen, hatten aber, nachdem sie ein Bohrloch gemacht, davon Abstand genommen. Dasselbe ist bei zwei Fenstern der Fall gewesen, jedoch war es ihnen bei dem einen Fenster schon gelungen, es zu öffnen, nur waren sie durch die eisernen Gitterstangen verhindert worden, einzusteigen. Da ihnen alle diese Versuche mißlangen, durchbrachen sie von außen eine ein und einen halben Fuß starke massive Wand, in der sie eine Oeffnung machten, durch welche ein Mann bequem durchkriechen konnte. So gelangten sie in das Kassenzimmer, in welchem sie zunächst den eisernen Geldschrank zu zersprengen suchten, aber ohne Erfolg. Hätten die Diebe den Durchbruch der Mauer noch um eine Steinschicht vergrößert, so wäre es ihnen möglich gewesen, den ganzen Geldschrank durch die Oeffnung hindurchzubringen.

Vermischtes.

Berlin. Die Bühne des Victoria-Theaters hätte am vergangenen Sonnabend leicht der Schauplatz eines entsetzlichen Unglücks werden können. Die Frau des Direktors der italienischen Opern-Gesellschaft, Signora Pollini, kam während der Vorstellung einer Gasflamme an der Rampe der Bühne zu nahe, so daß augenblicklich der lange Schleier derselben in hellen Flammen stand. Der wachhabende Oberfeuermann sprang sofort hinzu, riß mit großer Geistesgegenwart den Schleier herab und war so in der Lage, das Feuer noch im Entstehen dämpfen zu können. Wenn man bedenkt, wie vielfach schon gleiche Vorkommnisse unendlich traurig geendet haben, so kann man sich wohl das stürmische Bravo des Publikums erklären, womit es dem wackeren Feuermanne die Anerkennung seines raschen, erfolgreichen Einschreitens aussprach.

— In der Kapkolonie, in der Gegend von Bolesberg, hat man Diamanten gefunden und ist eifrig mit fernerem Aufsuchen dieser Edelsteine bemüht. Der erste Fund dieser Art wurde von einem kleinen Mädchen gemacht und der gefundene Stein hatte einen Werth von 500 Pfd. St. Es heißt, daß bei dem Suchen nach Diamanten auch Silberminen entdeckt seien.

Paris. (Eine neue Erfindung.) Marinoni, welcher die Druckerei des Petit Journals leitet, hat in derselben eine Maschine seiner Erfindung aufstellen lassen, welche 600 Nummern in der Minute abzieht und welche alle amerikanischen Pressen, die man bis jetzt als das letzte Werk der Mechanik betrachtet hat, weit hinter sich läßt. Die Druckerei des Petit Journals wird mit vier dieser Schnellpressen versehen werden, welche in jeder Stunde 144,000 Exemplare dieses Journals fertigen können.

Viehmärkte.

Berlin. Am 7. Oktober c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1190 Stück. Der Handel war nicht lebhaft genug, um im Allgemeinen mehr als mittelmäßige Durchschnittspreise erzielen zu können, indem die Ankäufe nach den Rheinlanden fast gänzlich ausfielen, nur beste Qualität konnte auf den Preis von 17—18 Rt. Anspruch machen, Mittelwaare wurde für 13—15 Rt., ord., welche in größerer Anzahl vorhanden war, für 9—11 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 3299 Stück. Die Zutriften im Verhältniß zum Konsum für hiesigen Platz bedeutend stark, selbst beste feine Kernwaare konnte nur den Preis von 17 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen.

An Schafvieh 4086 Stück. Der Handel war minder lebhaft und konnten die Bestände selbst zu mittelmäßigen Preisen nicht aufgeräumt werden.

An Kälbern 567 Stück, welche zu anhaltend höheren Preisen bezahlt wurden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 7. Oktober, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Colberg (SD), Streck von Danzig. Ceres (SD), Braun von Kiel. Wind: S. Revier $15\frac{7}{12}$ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Oktober. Witterung: veränderlich. Temperatur + 7° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen anfangs höher bezahlt, schließt sehr matt, per 2125 Pfd. loco gelber 92—102 Rt. bez., feiner 103—105 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Oktober 105 Rt. bez., 104 Br., Frühjahr 100, 99 Rt. bez., $98\frac{1}{2}$ Br.

Roggen niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 75, 78 Rt. bez., Oktober 77, $76\frac{1}{2}$ Rt. bez., $76\frac{1}{4}$ Br., Oktober-November $75\frac{3}{4}$ Rt. bez., 75 Br., Frühj. 71, $71\frac{1}{4}$, $71\frac{3}{2}$, 71, 70 Rt. bez.

Gerste loco per 1750 Pfd. Oderbruch 52, 54 Rt. bez., schlesische 53, 54 Rt. bez., mährische 54, 56 Rt. bez.

Hafer loco pr. 1300 Pfd. 33—34 Rt. bez., 47-50pfd. Frühjahr 36 Rt. bez.

Petroleum loco $7\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Rüböl fest und höher, loco $11\frac{7}{12}$ Rt. Br., Oktober $11\frac{1}{2}$ Rt. bez., Oktober-November $11\frac{5}{12}$ Rt. Br., November-Dezember $11\frac{5}{12}$ Rt. Br., Dezember-Januar $11\frac{5}{12}$ Rt. bez., April-Mai $11\frac{11}{12}$ Rt. Br., $11\frac{5}{6}$ Gd.

Spiritus Anfangs fest, Schluß niedriger, loco ohne Faß $22\frac{5}{12}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez., Oktober $22\frac{11}{12}$, $\frac{3}{4}$, $\frac{2}{3}$ Rt. bez., Oktober-November $20\frac{17}{24}$ Rt. bez., $\frac{2}{3}$ Rt. Br., Frühjahr $20\frac{5}{6}$ Rt. Br. u. Gd.

Angemeldet. 10,000 Qrt. Spiritus.

Regulirungspreise: Weizen 104, Roggen $76\frac{1}{2}$, Rüböl $11\frac{1}{2}$, Spiritus $22\frac{3}{4}$.

Hamburg, 7. Oktober. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fest, aber ruhiger, auf Termine sehr geschäftslos. Weizen per Oktober 5400 Pfd. netto 180 Bankothlr. Br. u. Gd., pr. Oktober-November 179 Br., 178 Gd. Roggen pr. Oktober 5000 Pfd. Brutto 135 Br., 134 Gd., pr. Oktober-November 134 Br., 133 Gd. Hafer fest. Spiritus ruhig. Rüböl unverändert, loco 24, per Oktober 24, per Mai $25\frac{1}{4}$. Kaffee sehr stille. Zink fest.

London, 7. Oktober. (Auf indirektem Wege eingegangen.) Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Totalzufuhr von Weizen seit letztem Montag 16,910 Qrtr., von Gerste 1100, von Hafer 6712 Qrtr. Englischer und fremder Weizen gegen letzten Montag 3, Gerste 1, alter Hafer 2, neuer 1 Sch. höher. Lebhaftes Geschäft.